

A5 / 2021 / XVI

Datum: 02.06.2021

A N T R A G

**der SPD-, FDP- und FW-Fraktion sowie der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen
an die Verbandsversammlung**

JobTicket für Bedienstete des LWV Hessen

Beratungsfolge	Termin	Entscheidung
Personal- und Organisationsausschuss	30.06.2021	vorberatend
Haushalts- und Finanzausschuss	05.07.2021	vorberatend
Verbandsversammlung	14.07.2021	beschließend

Finanzielle, personelle und organisatorische Auswirkungen

Finanzielle Auswirkungen im laufenden Haushaltsjahr / Wirtschaftsjahr? <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Noch nicht absehbar <input type="checkbox"/> Ja, €				
Stehen Mittel zur Verfügung? <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja		Produkt / Sachkonto:		Wird ein Antrag auf überplanmäßige / außerplanmäßige Ausgaben gestellt? <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
Ist die Begründung der Unabweisbarkeit der Kosten in Sachverhaltsdarstellung enthalten? <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Ja			Finanzielle Auswirkungen in den Folgejahren? <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Noch nicht absehbar <input type="checkbox"/> Ja, €	
Auswirkungen auf den Stellenplan im lfd. Haushalts- / Wirtschaftsjahr? <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Noch nicht absehbar <input type="checkbox"/> Ja			Sonstige personelle / organisatorische Auswirkungen <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Noch nicht absehbar <input type="checkbox"/> Ja	
Auswirkungen auf den Stellenplan in den Folgejahren? <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Noch nicht absehbar <input type="checkbox"/> Ja			Sonstige personelle / organisatorische Auswirkungen <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Noch nicht absehbar <input type="checkbox"/> Ja	
Kosten insgesamt €	Belastung LWV €	Beteiligung Dritter €	Ergänzende Darstellung zu den finanziellen Auswirkungen siehe unter Ziffer der Begründung.	
Veranschlagung im Teilergebnishaushalt <input type="checkbox"/>	im Teilfinanzhaushalt -Investitionstätigkeit- <input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> Nein	€ <input type="checkbox"/> Ja €	Sachkonto

Beschlussvorschlag

Der Verwaltungsausschuss wird beauftragt zu prüfen, ob die Konditionen für den Erwerb eines JobTickets für die Bediensteten des LWV Hessen, insbesondere am Standort Kassel, verbessert werden können.

Begründung

Neben vielen weiteren Rahmenbedingungen ist ein günstiges JobTicket für viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von großer Bedeutung. Da der LWV bei der Personalakquise im Wettbewerb mit anderen Behörden steht, die zum Teil bessere finanzielle Rahmenbedingungen einschließlich eines kostenfreien Landestickets bieten können, sollten weitere Möglichkeiten der Attraktivitätssteigerung beim JobTicket geprüft werden.

Mit einer entsprechenden Verbesserung des JobTicket-Angebotes und einer verstärkten Nutzung von Bus und Bahnen durch die Beschäftigten des LWV wird zudem ein nachhaltiger Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz und zur Verringerung der Verkehrsbelastungen in unseren Regionen geleistet.

Die Situation zum Erwerb eines JobTickets stellt sich derzeit an den drei Standorten der Verwaltung unterschiedlich dar:

In der Regionalverwaltung Darmstadt konnte ein sehr gutes Angebot unterbreitet werden. Dort zahlen alle Beschäftigten, die entweder mit dem RMV oder mit dem Auto zur Verwaltung fahren und dort parken wollen, aktuell einheitlich 15,- € je Monat und erhalten auf diesem Weg die Parkberechtigung und ein Monatsticket für den gesamten RMV. Seitens des LWV Hessen müssen hier - abgesehen vom organisatorischen Aufwand - keine zusätzlichen Leistungen erbracht werden.

Für die Regionalverwaltung Wiesbaden wurde mit den örtlichen ÖPNV-Anbietern RNN, RMV und ESWE eine Jobticketvereinbarung geschlossen, über die die Beschäftigten Ersparnismöglichkeiten gegenüber den regulären ÖPNV-Preisen in Höhe von rd. 50 - 70 Prozent beziehen können. Der LWV Hessen beteiligt sich an diesen Einsparmöglichkeiten durch Einsatz der Erträge aus der Vermietung der Parkplätze an die Bediensteten.

Die Bediensteten der Hauptverwaltung Kassel, die mit dem ÖPNV zur Arbeit fahren, können über den LWV Hessen die Fahrkarten mit einer persönlichen Ersparnis in Höhe von 30% im Vergleich zum regulären Preis erhalten. Für den Bereich Kassel Plus (Stadt Kassel und angrenzende Gemeinden) sind jedoch immer noch 570,50 € pro Jahr aufzuwenden. Die Ersparnis wird im Wesentlichen vom LWV-Hessen übernommen und über die Erträge aus der Vermietung der Parkplätze an die mit dem KFZ an die Arbeit fahrenden Bediensteten finanziert. Das Ergebnis zeigt, dass die Kooperation mit dem in Darmstadt allein zuständigen RMV mit Abstand zum besten Verhandlungsergebnis geführt hat. Gerade an der Hauptverwaltung in Kassel sollte versucht werden, die Konditionen für die ÖPNV-Nutzenden zu verbessern.

gez.

Stefan Reuß
SPD-Fraktion

gez.

Michael Thiele
Fraktion B'90/Grüne

gez.

Dr. Stefan Naas
FDP-Fraktion

gez.

Albrecht Fritz
FW-Fraktion